

V-4-NEU1 Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 25.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Schaut man heute in die Nachrichten, so herrscht gefühlt überall auf der Welt
2 Krieg. Ob Ukraine, Sudan oder Nahost: Bei kriegerischen Auseinandersetzungen
3 geht es immer um Verteilungskonflikte. Um Macht, die vor allem einzelne Männer
4 über Staatsgebiete ausüben wollen.

5 Als Jugendorganisation in Deutschland stehen wir bei allen kriegerischen
6 Konflikten auf der Seite der Zivilbevölkerung und setzen uns für den Schutz von
7 Menschenleben und den Schutz eines Lebens in Würde für alle Menschen ein. Zudem
8 ist es unsere Pflicht, in Deutschland auf Leiden aufmerksam zu machen und
9 entschieden bei Diskriminierungen einzuschreiten. Die Antwort auf kriegerische
10 Auseinandersetzungen darf niemals mehr Spaltung und die Verengung von
11 Diskursräumen sein. Unsere Migrationsgesellschaft muss die vielfältigen,
12 unterschiedlichen Perspektiven anerkennen, die auch aufgrund von biografischen
13 Prägungen mitunter voneinander abweichen. Grundlage für all unsere
14 gesellschaftlichen Diskussionen muss dabei der Konsens sein, dass die Würde
15 aller Menschen unantastbar ist und alle Menschen unabhängig von ihrer
16 Religionszugehörigkeit und ihres ethnischen Hintergrundes gleich an Rechten
17 sind.

18 Slava Ukraini

19 Putins Russland bestrafte den Freiheitsdrang und das Streben der Ukraine, Teil
20 der europäischen Gemeinschaft zu werden, durch die Annexion der Krim und den
21 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ostukraine. Seit mehr als zehn Jahren
22 führt Russland nun diesen Krieg gegen die Ukraine und gegen die europäische
23 Friedensordnung. Russland ist der Aggressor und daher auch der Staat, der sich
24 mit jedem weiteren Tag, den dieser Krieg andauert, weigert, das sinnlose Töten
25 endlich zu beenden. So lange das der Fall ist, muss Deutschland die Ukraine
26 politisch in ihrem Selbstbestimmungsrecht und militärisch mit Waffenlieferungen
27 unterstützen, bis die Ukraine ihr gesamtes Staatsgebiet wieder selbstbestimmt
28 verwalten kann. Dazu gehört auch, dass die Ukraine das Recht haben muss,
29 militärische Ziele in Russland anzugreifen, um sich selbst vor weiteren

30 Angriffen zu schützen.

31 Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die
32 europäischen Werte von Demokratie, Menschenrechten und Frieden. Die
33 Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union sollten daher weiter
34 vorangetrieben werden.

35 Die internationale Staatengemeinschaft muss die Ukraine darin unterstützen, das
36 Land jetzt als auch nach dem Ende des Angriffskriegs wieder aufzubauen.

37 Putins System betreibt seit spätestens 2014 einen Parallelkrieg, bei dem
38 Desinformation als Waffe genutzt wird, um westliche Demokratien zu
39 destabilisieren, die Gesellschaft zu spalten und die Unterstützung für die
40 Ukraine zu untergraben. Falschbehauptungen wie die "Bedrohung durch die NATO"
41 oder ein angeblicher Genozid dienen dazu, Russlands Aggression zu rechtfertigen
42 und Zweifel an den Positionen der Personen und Akteur*innen zu säen, die für
43 Freiheit, echte Demokratie und Selbstbestimmung eintreten. Plattformen müssen
44 verpflichtet werden, gezielte Desinformation zu löschen und ihre Algorithmen
45 transparenter zu gestalten. Zudem sind russische Propagandamedien wie RT und
46 Sputnik dauerhaft zu sperren, während faktenbasierte, unabhängige Medien
47 gestärkt werden. Es ist Zeit für klare Maßnahmen, um Desinformation zu bekämpfen
48 und unsere Demokratien zu schützen.

49 Gleichzeitig ist uns bewusst, dass auch viele Menschen in Russland unter der
50 Tyrannei des Regimes leiden. So sollte beispielsweise kein Mensch jemals zum
51 Kriegsdienst gezwungen werden dürfen. Deshalb sind wir als GRÜNE JUGEND
52 solidarisch mit allen, die gegen Putins Herrschaft und seinen Krieg ankämpfen.

53 **Frieden im Nahen Osten**

54 Als GRÜNE JUGEND verurteilen wir den brutalen Angriff der Hamas auf Israel und
55 bekräftigen das Existenzrecht Israels. Wir fordern die internationale
56 Gemeinschaft auf, die Hamas zu zerschlagen sowie zur Rechenschaft zu ziehen und
57 drängen auf die sofortige Freilassung aller Geiseln und einen Waffenstillstand
58 in Gaza.

59 Das Vorgehen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen beobachten wir mit
60 großer Sorge und unterstützen eine unabhängige Untersuchung möglicher
61 Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Humanitäre Organisationen warnen
62 vor einer akuten Hungersnot für die palästinensische Bevölkerung. 70% der
63 Gebäude im Gazastreifen sind zerstört. Gleichzeitig schränkt die israelische
64 Regierung nachweislich die Zufuhr von Hilfsgütern ein. Als GRÜNE JUGEND fordern
65 wir die israelische Regierung auf, die Lieferung humanitärer Hilfe ungehindert
66 in den Gazastreifen zuzulassen.

67 Nicht nur im Gazastreifen, sondern auch in Libanon leidet die Bevölkerung unter
68 den Kämpfen zwischen der islamistischen Hisbollah und dem israelischen Militär.
69 Dabei verstärkt der Konflikt die wirtschaftliche Notlage im Land. In der
70 Auseinandersetzung zwischen Israel und der vom Terrorregime im Iran
71 unterstützten Hisbollah muss es darum gehen, die Zivilbevölkerung zu schützen –
72 besonders die 1,2 Millionen Menschen in Libanon, die aktuell auf der Flucht
73 sind. Wir unterstützen die internationalen Bestrebungen nach einem
74 Waffenstillstand in Libanon und fordern die internationale Gemeinschaft ebenso
75 auf, sich für eine Lösung einzusetzen, die der israelischen Zivilbevölkerung
76 eine sichere Rückkehr in den Norden des Landes ermöglicht.

77 Die fortgesetzte illegale Siedlungspolitik und die völkerrechtswidrige Besatzung
78 der Westbank sowie die Gewalt durch rechtsradikale Siedler*innen gegen
79 palästinensische Zivilist*innen müssen sofort beendet werden. Die aktuelle
80 Politik der israelischen Regierung trägt zu einer Eskalation der Gewalt bei und
81 untergräbt die Chance auf eine dauerhafte Friedenslösung.

82 Anhaltende Sicherheit für Israelis wird nur möglich sein, wenn es auch
83 anhaltende Sicherheit für Palästinenser*innen gibt, und umgekehrt. Daher geben
84 wir die Vision nicht auf, dass beide friedlich Seite an Seite in zwei Staaten
85 leben.

86 Die Pläne der in Teilen rechtsextremen israelischen Regierung, Teile der
87 Westbank zu annektieren und damit die Zwei-Staaten-Lösung noch weiter zu
88 verunmöglichen, verurteilen wir. Eine adäquate politische Reaktion wäre die
89 Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates einschließlich des
90 Gazastreifens sowie die Sanktionierung relevanter Vertreter*innen der
91 Siedlerbewegung.

92 Aber nicht nur in der Region hat der Krieg seit dem 07.10.2023 Auswirkungen. Es
93 ist beängstigend und absolut inakzeptabel, wenn sich Jüd*innen in Deutschland
94 nicht mehr ohne weitreichende Sicherheitsmaßnahmen trauen, ihr Leben zu
95 gestalten. Gleichzeitig sehen wir auch einen erheblichen Anstieg von anti-
96 muslimischem Rassismus. Dieser darf, genauso wie jede andere Form von Hass und
97 Ausgrenzung, in unserer Gesellschaft niemals toleriert werden. In der GRÜNEN
98 JUGEND hat jede Form von Rassismus und Antisemitismus keinen Platz.

99 **Krieg um Ressourcen im Sudan**

100 Der wohl größte in Deutschland kaum thematisierte Krieg spielt sich derzeit im
101 Sudan ab. Dabei geht es um einen Konflikt über den Zugang zu den
102 wirtschaftlichen Ressourcen des Landes, wie zum Beispiel den Zugang zu den
103 endlichen Ressourcen Gold und Öl, der auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen
104 wird. Weil Autokraten und paramilitärischen Gruppen Machtspiele spielen, leidet
105 die Bevölkerung des Landes unter der größten humanitären Katastrophe der Welt:

106 mehr als die Hälfte hungert (26 Millionen Menschen), die medizinische Versorgung
107 ist vielerorts zusammengebrochen und über 13 Millionen Menschen befinden sich
108 auf der Flucht vor dem Krieg. Zehntausende Zivilist*innen wurden getötet oder
109 verletzt.

110 Beide Kriegsparteien begehen zudem erschreckende Menschenrechtsverletzungen. Es
111 geht unter anderem um Kriegsverbrechen wie sexualisierte Gewalt, Folter,
112 Misshandlungen, Mord und Verstümmelung. Aktuell gibt es quasi keine Möglichkeit,
113 humanitäre Hilfe ins Land zu bringen, da beide Kriegsparteien auch humanitäre
114 Akteure und deren Mitarbeitenden ins Visier nehmen.

115 Wir setzen uns für die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen über einen
116 Waffenstillstand ein. Die Unterstützer der Konfliktparteien müssen aufhören, den
117 Konflikt durch Waffenlieferungen zu verstärken und der Zugang für humanitäre
118 Hilfe muss von den Konfliktparteien gewährleistet werden. Für einen etwaigen
119 Friedensprozess ist die Beteiligung der sudanesischen Zivilgesellschaft an
120 diesem essenziell.

121 **Kurdische Freiheitskämpfe unterstützen: Jin, Jiyan Azadi!**

122 Unter dem Leitspruch "Jin, Jiyan, Azadi", der für Frau, Leben und Freiheit
123 steht, haben sich insbesondere die Kämpfer*innen der syrisch-kurdischen YPG der
124 Terrororganisation des IS entgegengestellt. Die kurdischen Siedlungsgebiete im
125 Nordostensyriens sowie im Norden des Iraks und die Shingal-Region auf dem Gebiet
126 des Zentraliraks sind jedoch seit 10 Jahren anhaltender Schauplatz gezielter
127 Destabilisierung und kriegerischer Handlungen.

128 Die GRÜNE JUGEND fordert die Bundesregierung zu einer klaren Haltung gegen die
129 kriegerischen Aktivitäten des NATO-Partners Türkei in Syrien und im Irak auf.
130 Auch fordert die GRÜNE JUGEND Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen.

131 Die neue Dynamik für einen mögliche Wiederbelebung des türkisch-kurdischen
132 Friedensprozesses ist aus unserer Sicht ein Hoffnungsschimmer, den Deutschland
133 durch eine starke, internationale Rolle begleiten sollte. Auch deswegen ist die
134 Bundesregierung aufgefordert, sich für die Freilassung aller politischen
135 Gefangenen in der Türkei, einzusetzen und dies zur Bedingung jedweder
136 Kooperation mit der Republik Türkei zu machen.

137 Wir fordern die Bundesregierung auf, diplomatische Beziehungen zu den kurdischen
138 Autonomiebehörden im Nordosten Syriens aufzunehmen. Diese Region hat die
139 Menschheit vor dem Terror des IS gerettet und verdient unsere politische
140 Unterstützung, insbesondere bei Sicherung und Strafprozessen von IS-Tätern.

141 Wir unterstützen die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der kurdischen

142 Autonomieregierung im Nordirak. Die Präsenz der Bundeswehr in Erbil gilt es
143 langfristig zu sichern, um die Region in ihrer Sicherheit zu unterstützen. Die
144 anhaltende Destabilisierung der Region durch den Iran verurteilen wir scharf.
145 Die Bundesregierung sollte mit ihren Partnern in Kurdistan-Irak eine gemeinsame
146 Strategie gegen die Einflussnahme des Irans entwickeln.

147 10 Jahre nach dem Völkermord an den Jesiden durch den IS ist die Shingal Region
148 im Zentralirak immer noch nicht sicher für eine umfassende Rückkehr der vielen
149 Hunderttausenden Binnenvertriebenen. Die Bundesregierung und die internationale
150 Staatengemeinschaft müssen Sicherheit und Frieden für Shingal zur Priorität
151 ihrer Irakpolitik machen. Alle externen Akteure,, müssen aufhören, das
152 ursprüngliche Siedlungsgebiet der Jesiden als Spielfeld ihrer politischen
153 Machtkämpfe zu nutzen. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für eine umfassende
154 Aufarbeitung von IS-Verbrechen ein. Das Ende der UNITAD-Mission auf Druck der
155 pro-iranischen Kräfte im Irak bleibt ein Skandal. Jetzt gilt es die Aufarbeitung
156 von IS-Verbrechen auf anderen Wegen zu unterstützen.

157 **Solidarität hat kein Ablaufdatum: Bergkarabach**

158 Angesichts der fortdauernden prekären Situation der, vor dem aserbaidischen
159 Angriff aus Bergkarabach geflüchteten, Armenier*innen, der Zerstörung des
160 armenischen kulturellen Erbes in Bergkarabach und der fortdauernden Bedrohung
161 der Existenz Armeniens und der Sicherheit der armenischen Bevölkerung durch das
162 Alijew-Regimes, erneuern wir unsere Forderungen, die wir im Rahmen des Antrages
163 "Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach" auf dem 57. Bundeskongress
164 beschlossen haben. Wir verurteilen auch weiterhin den aserbaidischen
165 Angriff auf Bergkarabach und sind solidarisch mit den aus Bergkarabach
166 Geflüchteten, den Menschen in Armenien sowie der migrantisch-armenischen
167 Community in Deutschland.

168 **Oberste Prioritäten: Schutz und Umsetzung des Völkerrechts**

169 Es ist an der Zeit, dass Bündnis 90/Die Grünen sich konsequent für ein sicheres
170 Zuhause für alle Menschen in Konfliktgebieten einsetzt. Dazu braucht es gezielte
171 Aufnahmeprogramme und die mehr als einmalige Anwendung der europäischen
172 Massenzustromsrichtlinie als zentrale Instrumente. Gleichzeitig müssen sichere
173 Fluchtwege geschaffen werden, um Menschen in Not zu unterstützen

174 Wer in Deutschland Schutz gefunden hat, muss auch hier sicher sein.
175 Abschiebungen – insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete – stehen klar im
176 Widerspruch zu den Werten der GRÜNEN JUGEND. Stattdessen fordern wir verstärkt
177 Aufnahmeprogramme, die Menschen aus gefährdeten Regionen eine langfristige
178 Perspektive bieten.

179 Es ist zudem unerlässlich, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung
180 gerecht wird und Hilfsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete liefert. Besonders in

181 Regionen, die von anhaltenden Konflikten betroffen sind, sind solche Lieferungen
182 oft überlebenswichtig.

183 Humanitäre Hilfe darf dabei nicht an politische oder wirtschaftliche Interessen
184 geknüpft sein, sondern muss den Menschen in den betroffenen Gebieten direkt
185 zugutekommen. Nur durch eine Kombination aus Schutz, Aufnahmeprogrammen und
186 humanitärer Unterstützung kann Deutschland seiner Rolle als solidarischer Akteur
187 in der internationalen Gemeinschaft gerecht werden.

188 Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu einer Politik, die fest auf den Grundwerten
189 der universellen Menschenrechte, der Demokratie und des humanitären Völkerrechts
190 basiert und sich gleichzeitig für globale Gerechtigkeit und eine Überwindung des
191 postkolonialen Erbes der europäischen Nationalstaaten einsetzt.

192 Die Vereinten Nationen und deren Institutionen, sind zentrale Säulen einer
193 völkerrechtsbasierten Ordnung und müssen von uns gegen Angriffe verteidigt
194 werden. Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte,
195 menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um
196 den Frieden und die Freiheit in Gegenwart und Zukunft zu bewahren.

197 **Unsere Verantwortung als GRÜNE JUGEND**

198 Selbstverständlich sind die hier thematisierten nicht die einzigen
199 (kriegerischen) Konflikte auf dieser Welt. Ob Afghanistan, Äthiopien oder
200 Nigeria, unsere Grundprinzipien bleiben die gleichen.

201 Als Jugendverband sind wir nicht die richtigen Ansprechpersonen, um alle
202 kriegerischen Konflikte zu beenden. Trotzdem sind wir in einem sicher: Wir
203 stehen zu jeder Zeit und in jedem Konflikt an der Seite der Zivilbevölkerung und
204 rufen zu deren Schutz auf. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist auch
205 während kriegerischen Konflikten nicht verhandelbar, sondern oberstes Gut. Unter
206 Kriegen und Konflikten leiden marginalisierte Menschen immer am stärksten, ihr
207 Schutz ist dabei nie zweitrangig. Egal in welchem Konflikt, Hunger und
208 sexualisierte Gewalt werden immer wieder als Kriegswaffe missbraucht. Niemals
209 darf das geduldet werden.

210 Daher stehen wir an der Seite derer, die sich weltweit für ein Leben in
211 Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung einsetzen. Wir sind solidarisch mit
212 allen, die sich gegen die globale Rückkehr faschistischer Herrschaft einsetzen.
213 Demokratien müssen überall auf der Welt geschützt werden. Bei all dem sind wir
214 als GRÜNE JUGEND jedoch nicht machtlos. Auch wenn es nicht unsere Aufgabe ist,
215 konkrete Lösungsvorschläge für Konflikte zu formulieren und realisieren, können
216 wir uns doch auf die politischen Verantwortlichen in Deutschland und Europa

217 Druck ausüben und uns so für eine deutsche und europäische Außenpolitik
218 einsetzen, die sich ihrer Mitverantwortung für das Schicksal vieler Menschen und
219 der globalen Ungerechtigkeiten bewusst ist, Fehler aufgearbeitet und nach den,
220 in diesem Antrag formulierten Prinzipien handelt.

221 Wir werden gemeinsam für einen globalen Antifaschismus, einen echten Frieden in
222 Freiheit und grenzenlose Solidarität eintreten!